

KURZ UND PRÄGNANT

Zum Vogel-Interview

Der ehemalige Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel behauptete in einem Interview mit der Thüringer Allgemeinen (v. 28.7.), der Kalifusionsvertrag hätte ihm in Wahrnehmung seiner Aufsichtspflicht nicht vorgelegt werden müssen. Dazu Tilo Kummer, Umweltpolitiker der Linksfraktion: „Seine Gewissheit, die Treuhand würde zweckgebundene Mittel für den Aufbau Ost zur Sanierung eines Westkonzerns umwidmen, hätte ihn veranlassen müssen, die Herausgabe des Vertrages zu fordern!“ Vogel war als Ministerpräsident Thüringens Mitglied im Verwaltungsrat der Treuhand. „Es ist kaum zu glauben, dass er nicht wusste, dass ein Mitglied eines solchen Aufsichtsgremiums persönliche Verantwortung für das rechtskonforme Handeln der Gesellschaft trägt.“ Auch die im Vertrag geregelte Verlustübernahme durch die Treuhand bei gleichzeitiger Vereinbarung, dass die Gewinne aus Untertagedeponien zu 95 Prozent an die neu gegründete K+S GmbH gehen, hätte einer rechtlichen Überprüfung wohl kaum standgehalten. „Warum hat Dr. Vogel nicht rechtliche Schritte eingeleitet, warum ist er nicht aus dem Aufsichtsgremium ausgetreten, da wäre die Treuhand ganz anders unter Druck geraten, der Steuerzahler hätte viele Millionen gespart und eine Übernahme des Kaliwerks durch den Unternehmer Peine wäre vielleicht noch möglich gewesen. Mit seinem Verbleiben im Verwaltungsrat und der Thüringer Enthaltung zur Kalifusion ohne Vertragskenntnis, muss Dr. Vogel auch Verantwortung für das Vorgehen der Treuhand übernehmen!“, so Tilo Kummer. ■

Erneuter Anschlag

Innerhalb von sieben Monaten wurden am 24. Juli zum zweiten Mal das Wahlkreisbüro in Eisenach angegriffen und dabei die Scheiben beschädigt. Dazu erklärte Maik Nothnagel, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, der dieses Büro führt:

„Auch diese Attacke fügt sich ein in eine ganze Reihe von gewaltsamen Anschlägen gegen Büros von LINKE-Abgeordneten. Solche Aktionen sind nicht hinnehmbar und zu verurteilen. Sie geben einen Einblick, auf welch aggressivem Wege hier politischer Druck ausgeübt werden soll. Nichtsdestotrotz lasse ich mich davon nicht mundtot machen. Solche Einschüchterungsversuche laufen ins Leere!“ Der Abgeordnete wies darauf hin, dass sich auch sein Name auf der NSU-Namensliste fand, er sich offenkundig im Visier von Neonazis befindet und einem erhöhten Bedrohungspotential ausgesetzt ist. ■

Antwort produziert noch mehr Fragen

Birgit Klaubert nach Regierungs-Antwort zu „Kulturland Thüringen - Bilanz und Ausblick“

Die Antwort auf die Große Anfrage der Linksfraktion „Kulturland Thüringen – Bilanz und Ausblick“ ist nun doch noch vor der parlamentarischen Sommerpause geliefert worden. „Sie zeigt, dass die Landesregierung fleißig aufschreiben kann. Zur Qualität der Antworten gibt es jedoch viele Anmerkungen zu machen“, konstatierte die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Dr. Birgit Klaubert.

„Noch vor zwei Jahren hatte die Landesregierung kategorisch ausgeschlossen, dass Kultur in einem Kulturfördergesetz als Pflichtaufgabe für die Kommunen festgeschrieben wird und jetzt lese ich in den Antworten auf unsere Große Anfrage, dass die Enthebung aus der Freiwilligkeit schon sinnvoll wäre, solange sie finanziell unterstützt sei.“

Scheinbar hat das SPD-Ministerium bis jetzt gebraucht, um unseren Ansatz wirklich zu verstehen. Natürlich muss auch eine finanzielle Unterstützung mitgedacht werden, aber zu dieser logi-

schen Schlussfolgerung reichte es offensichtlich beim Erarbeiten des Kulturkonzepts noch nicht“, so Birgit Klaubert weiter. Für DIE LINKE sei ein Kulturfördergesetz eines der wichtigsten Instrumente für eine nachhaltige Kulturentwicklung in Thüringen.

Kritisch sieht die Altenburger Kultur-Expertin auch die Einschätzung der Landesregierung zum Thema Kultur- und Kreativwirtschaft. Dies sei eine ressortübergreifende Aufgabe, erläu-



terte die Abgeordnete, das Kultusministerium entziehe sich aber der Verantwortung, indem sie dem Wirtschaftsministerium diesen Bereich fast kom-

plett zugeschrieben habe. „Die Landesregierung hebt den Verwertungseffekt und die wirtschaftlichen Kennzahlen der Kreativwirtschaft hervor und lässt dabei den kulturellen Aspekt völlig außer Acht. Das halte ich für viel zu kurz gedacht“, untermauerte die Kulturpolitikerin ihre Kritik.

Seit Jahren habe sie eine engere Zusammenarbeit zwischen Kultus- und Wirtschaftsministerium für diesen Bereich angemahnt. „Sprachlos gemacht hat mich auch der völlig unkritische Blick der Landesregierung auf die Situation der Theater und Orchester. Das Kultusministerium stellt für diesen Bereich fest, dass sie in der jetzigen Legislaturperiode eine zukunfts-feste, stabile und ausfinanzierte Theater- und Orchesterlandschaft erreicht hätten. Dabei reicht ein Blick nach Eisenach, um zu wissen, dass dies einfach nicht stimmt.“ Birgit Klaubert betonte, sie werde sich weiter intensiv mit den Antworten der Landesregierung beschäftigen und entsprechende Folgerungen ableiten. ■

Ina Leukefeld: „Den Menschen eine Stimme geben“

Es werden jetzt zehn Jahre, dass ich dem Thüringer Landtag angehöre und als arbeitsmarktpolitische Sprecherin die Linksfraktion verrete. Mein Anliegen war es nie, nur Nein zu sagen. Vielmehr geht es mir darum, die Regierungsarbeit zu kontrollieren und kritisch zu begleiten. Außerdem habe ich namens meiner Fraktion eigene Politikangebote und Vorschläge mit Blickrichtung auf das Thema Gute Arbeit ins Parlament, hier auch in den Wirtschafts- und in den Gleichstellungsausschuss, eingebracht.

Besonders wichtig war mir immer, den Menschen eine Stimme zu geben, die von den Auswirkungen der Bundes- und Landespolitik betroffen sind. Deshalb fanden das Thüringer Arbeitslosenparlament, der Runde Tisch sozialer Verantwortung sowie die vielen Erwerbsloseninitiativen bei mir nicht nur Gehör, sondern aktive Unterstützung.

Themen, wie der Kampf um höhere Löhne, tarifgerechte Bezahlung und Mindestlohn, der Abbau prekärer Beschäftigung, aktive Arbeitsmarktpolitik und die Kontrolle des Einsatzes von Fördermitteln, die Stärkung von Arbeitnehmerrechten und die kritische Begleitung des Landesarbeitsmarktprogramms standen immer wieder im Mittelpunkt. Mit unseren Gesetzesinitiativen und Anträgen, wie dem Thüringer Vergabegesetz, dem Ladenöffnungsgesetz als Arbeitsschutzgesetz, den Anträgen zur Begegnung des drohenden Fachkräftemangels durch Gute Bildung, Berufsorientierung und Verbes-

serung der Berufsausbildung haben wir deutliche Zeichen gesetzt und unterstützen Gewerkschafter und Mitarbeitervertretungen in ihrem Engagement um faire Arbeitsbedingungen. Die Anhörung zu prekärer Beschäftigung in der Linksfraktion hat uns bestärkt, Schwerpunkte wie „Gesetzliche Mindeststandards für Leiharbeit verbessern“, „Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt“ im Thüringer Landtag zu thematisieren und Vorschläge für eine Reform des Arbeitsrechts und ein Arbeitsgesetzbuch in die öffentliche Debatte zu bringen.

Als die Bundesregierung das Gesetz zur „Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ auf den Weg brachte, was zu vielen Streichungen und Änderungen der Arbeitsmarktinstrumente und vor allem zu finanziellen Kürzungen führte, haben wir Vorschläge „Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik – ökonomisch, effektiv und sozialintegrativ“ unterbreitet. Während die Regierungsfaktionen vor allem die sinkende Zahl der Erwerbslosen und der Bedarfsgemeinschaften feierten, (ich freue mich darüber auch!) habe ich eine andere Sichtweise in die Debatte gebracht: Die Würde des Menschen ist unantastbar – steht im Grundgesetz.

Da wird nicht unterschieden nach Menschen mit und ohne bezahlter Arbeit. Würde muss für alle gelten und dazu gehört eben auch das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, das m. E. für Hartz-IV-Empfänger, insbesondere auch für Kinder, nicht gesichert ist.

Hartz IV macht arm, das ist keine neue Erkenntnis. Das gilt vor allem auch für Alleinerziehende, zunehmend für Ältere und schließt Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung ein.

Immer wieder aufmerksam gemacht haben wir auf die Tatsache, dass viele Menschen im Hartz-IV-System gar nicht arbeitslos sind. 35 Prozent von ihnen sind Aufstocker, deren Lohn so niedrig ist, dass sie davon nicht leben können. Unser jahrelanger Kampf um Mindestlohn statt Lohndumping und die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns war letztlich erfolgreich, auch wenn wir weder mit der Höhe noch mit den vielen Ausnahmen einverstanden sind. Unser Antrag „Faires Praktikum“ zielte übrigens auch darauf, die Arbeit junger Menschen angemessen zu entlohnen.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer sowie in Ost und West muss auch in Zukunft ein wichtiges Thema bleiben. Vieles haben wir zur Sprache gebracht, gefordert, kritisiert. Oft wurden die Vorschläge anerkennend beklatscht, aber aus politischen Gründen, vor allem auch wegen der Koalitionsdisziplin, nicht beschlossen.

Wir haben die Chance, dies zu ändern. Es gibt schon heute im Thüringer Landtag eine Mehrheit von Links. Thüringen muss der Motor für politische Veränderungen sein, sagte Gregor Gysi auf dem Jahresempfang in Erfurt. Gemeinsam mit den Thüringerinnen und Thüringern wollen wir dafür sorgen, dass dies gelingen kann. ■